

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierthalbjährlich
für die Stadt Posen 18 Thlr.
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 7. Dezbr. Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergründigst geruhet: Dem Ober-Amtmann Jersch zu Kloster Poja im Regierungs-Bezirk Merseburg, dem Ober-Amtmann Wagner zu Zellin im Regierungs-Bezirk Frankfurt a. O., und dem Ober-Amtmann Lansky zu Tornow im Regierungs-Bezirk Frankfurt a. O., den Charakter als Amts-Rath zu verleihen.

Angekommen: Se. Excellenz der Staats- und Kriegsminister General-Gouvernant von Roon, von Stettin.

CH Posen, 6. Dezember.

Dem Napoleonischen Dekret vom 24. November, welches die innere Verfassung Frankreichs umgestaltet hat, sind wir noch einige Bemerkungen schuldig. Schon den Umstand müssen wir als einen charakteristischen bezeichnen, daß die Reform eines in der Zivilisation so alten Staates, wie Frankreich ist, so plötzlich über Nacht durch ein kaiserliches Dekret gleich einer Bombe hereinplast. Wir gehören nicht zu den Systematikern, die als Glaubensdogma aufstellen, daß jede Verfassung, um eine gesetzliche Grundlage für die staatliche Entwicklung einer Nation zu bilden, aus einer mit unumschränkter Macht ausgestatteten konstituierenden Versammlung, oder wenigstens aus einer förmlichen Vereinbarung zwischen dem Staatsoberhaupt und einer mit der Vollmacht der Nation versehenen Versammlung hervorgehen müsse. In einem völlig unentwickelten, patriarchalisch geformten Staatswesen wie Russland, in einem durch die Mitwirkung verschiedener Nationalitäten nothdürftig zusammengefügten Reiche wie Ostreich, in einem durch vielseitige Revolutionen und Kriegstürme wild zerklüfteten Lande wie Frankreich nach dem Exil des ersten Napoleon, muß eine Schöpfung von oben herab als die allein angemessene, ja als die allein mögliche erscheinen. Doch ist überall an einer Bedingung fest zu halten, wenn neue Institutionen auf dem Boden der Thatsachen Wurzel schlagen sollen: der Verfassungsbau darf nicht nach einem abstrakten Grundsatz gestaltet sein, sondern muß wirklich Bedürfnissen entsprechen, die sich im Leben des Volkes klar und dringend fundgethan haben. Die Verleihung einer Staatsverfassung soll nicht das Werk eines politischen Virtuosen sein, welcher sich dem Wahne hingiebt, daß die Ausgeburt seiner Phantasie mit den Lebensbedürfnissen einer Nation zusammenfallen müssen.

Gerade in den konstitutionellen Oktroirungen, welche bisher aus der Machtvolkommensheit Napoleons III. hervorgingen, finden wir das Wollen eines sich abschließenden Geistes, welcher, ohne Rücksicht auf die Wünsche des Landes, sein System verfolgt. Oderemand im Ernst, daß die französische Nation, wenn sie ihren Willen hätte aussprechen können, wirklich kein besseres Mittel für den Fortschritt zur Freiheit vorgeschlagen haben würde, als die Einigung von Ministern der Freiheit, das Recht der Antwortadressen auf die Thronreden, die erweiterte Befugnis zur Amending der Regierungsvorlagen und die Veröffentlichung der parlamentarischen Debatten nach stenographischer Aufnahme?

Über den Werth der offiziellen Nedekünster, welche fortan aus der Staatskasse ein Ministergehalt beziehen sollen, haben wir uns schon (I. Nr. 283) ausgesprochen; wir brauchen darüber kein Wort weiter zu verlieren. Ebenso wenig können wir die Adresseninstitution als eine wichtige Reform begrüßen. Selbst in England, dem Staate der ältesten konstitutionellen Praxis, ist das Adressenwesen zu einer leeren Form herabgesunken. Was steht in Frankreich zu erwarten? Die Kaiserlichen Thronreden waren in jüngster Zeit fast immer als Demonstrationen gegen das Ausland berechnet, theils in den vieldeutigen Ausdrücken delphischer Drakel, theils nach den Aufrichtigkeitsgrundrissen Talleyrand'scher Diplomatik gefasst. Nach der Natur der vorliegenden Verhältnisse werden die Adressen des Senates, welcher ausschließlich nach dem Wohlgefallen des Kaisers zusammengestellt ist, und des gezeigenden Körpers, dessen Mitglieder beinahe sämmtlich auf die Empfehlung der Regierung gewählt sind, kaum etwas Anderes sein können, als ein devoter Wiederhall der Thronreden. Sollte damit wirklich der Freiheit Frankreichs und der Ruhe Europa's sehr gedient sein? Neben das zufünftige Verfahren bei der Stellung von Amendments läßt sich jetzt noch nicht entscheiden. Die Praxis wird lehren, welchen Einfluß die Landesvertretung auf Abänderung der Gesetzentwürfe erlangen kann. Augenblicklich ist nur zu konstatieren, daß dieser Einfluß bisher fast Null war, weil die Verbesserungsanträge der Kammer nicht aus Einzelheiten eingehen konnten. Endlich darf man auf die Veröffentlichung stenographischer Berichte allerdings einen Werth legen, weil dem Lande dadurch wenigstens die Gelegenheit geboten wird, von den Kammervorgängen genauere Kenntnis zu nehmen. Nach diesen Bemerkungen dürfen wir es als erwiesen betrachten, daß die neuen Oktroirungen nur die Außenwerke des konstitutionellen Lebens betreffen. Adressen, Kammerreden und Amendments haben nur dann eine ernsthafte Bedeutung, wenn die gesetzgebende Versammlung aus unabhängigen Wahlen hervorgeht und die wahre Meinung des Landes zum Ausdruck bringt. Deshalb dringen in Frankreich alle unabhängigen Stimmen auf Neuwahlen. Wenn der Kaiser auf diese Forderung eingeht, und die Wahlen ohne den ungehörlichen Einfluß der Präfektenherrschaft geschehen läßt, erst dann wird man von einem Umschwung des Napoleonischen Systems ernstlich reden können.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 6. Dezbr. [Englisch-französische Freundschaft; authentische Mittheilung über das Ergebnis der Koblenzer Berathung; noch einmal Schwarz und Stieber.] Die Allianz zwischen England

und Frankreich soll wirklich in letzter Zeit wesentliche Fortschritte gemacht haben. Wie zuverlässige Berichte aus Paris melden, sind die alten Fäden der Freundschaft zwischen Ludwig Napoleon und Lord Palmerston namentlich durch die Bemühungen Persigny's einerseits und Cobbolds andererseits wieder fester geknüpft worden. Nicht allein in der orientalischen Frage sollen beide Mächte sich nahezu verständigt haben, und zwar auf Grundlage der Erhaltung des Status quo, sondern auch in Betreff der savoyischen Angelegenheit scheint die diplomatische Kunst Frankreichs einen vollständigen Sieg über die bisherigen Bedenken der britischen Staatsmänner davonzutragen. Das schon vor einiger Zeit in Umlauf gesetzte Gerücht, daß Lord Russell eine Art von Vermittelung zwischen Frankreich und der Schweiz in der savoyischen Angelegenheit übernommen habe, soll nicht ohne Grund sein. Die Vermittelung wird aber wahrscheinlich an dem Widerstande der Schweiz scheitern, weil Napoleon wohl nur solche Zugeständnisse anbietet, welche den Ansprüchen der Eidgenossenschaft in seiner Weise genügen. — Die „Süddeutsche Zeitung“ hat so eben einen Auszug aus der Depesche veröffentlicht, in welcher Herr v. Schleinitz dem diesseitigen Gesandten in London, Grafen Berustorff, die Ergebnisse der Koblenzer Besprechungen mittheilt (I. unten). Wie ich aus guter Quelle erfahre, gibt die Analyse der „Süddeutschen Zeitung“ den wesentlichen Inhalt jener Depesche neu wieder. Bemerkenswerth ist darin die Bestimmtheit, mit welcher Herr v. Schleinitz erklärt, daß Preußen seine eigenen Interessen und seine eigene Sicherheit bedroht sehen würde, falls Frankreich abermals in den Kampf zu Gunsten Sardiniens eingreifen sollte. — Eine Mittheilung der „Pr. Ztg.“ hat schon darauf hingedeutet, daß sich zwischen den Angaben des Herrn Schwarz und den Ermittlungen aus den Polizeigefangen Widersprüche ergeben, welche einer weiteren Aufklärung bedürfen. Wie verlautet, sind diese Widersprüche gar nicht unerheblich und man begreift um so weniger, wie Herr Schwarz zu abweichenden Angaben kommen könnte, da seine Kenntniß der Thatsachen aus der Quelle derselben Alten geschöpft ist. Das Gerücht, daß Herrn Schwarz eine Anwaltsstelle angeboten sei, ist falsch. Ein solches Anerbieten würde der Höhe seiner bisherigen amtlichen Stellung nicht entsprechen. Ebenso unrichtig ist es, daß Herr Stieber mit Belassung seines ganzen Gehaltes zur Disposition gestellt worden sei; er bezieht nur das gesetzliche Wartegeld von 560 Thlr.

[Berlin, 6. Dez. [Vom Hofe; Tagessnachrichten.] Die Königin empfing heute Mittag im Schlosse Sanssouci die Gesandten der Türkei und Portugals, Aristarchi Bey und Don José de Vasconcelos e Souza, welche um 12 Uhr, in Begleitung des Oberhofmeisters, Grafen v. Dönhof, nach Potsdam gefahren waren. Vormittags hatten sich auch schon der Präsident a. D. von Kleist und General v. Neumann nach Sanssouci begeben. Beide gehören zu den Persönlichkeiten, welche die Königin gern bei sich sieht und die darum mehrmals in der Woche nach Sanssouci fahren. In außerordentlichen Fällen läßt die Königin sie persönlich einladen. Die Königin hat heute ihren alten Leibarzt, den Geheimrath Dr. v. Stosch, verloren. Er starb heute Morgen im Alter von 78 Jahren. — Der Prinz-Regent arbeitete heute Vormittag mit dem Kriegsminister v. Roon und dem General v. Manteuffel und ließ sich alsdann von dem Geheimrath Illaire Vortrag halten. Später konferierte der Prinz-Regent mit dem Fürsten von Hohenzollern und dem Minister v. Auerswald und empfing darauf den Besuch des Prinzen August von Württemberg, der gestern Abend von Dessau hierher zurückgekehrt ist und heute Vormittag mit dem Prinzen Karl auf dem Artillerieschießplatz bei Ziegel den Schießübungen mit gezogenen Geschützen beiwohnte. Die Frau Prinzessin von Preußen ist noch immer nicht wieder ganz wohl und verläßt darum das Palais nicht; die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm befindet sich mit dem kleinen Prinzen viel in ihrer Gesellschaft. — Heute Abend 7 Uhr sind die Minister, unter dem Vorsitz des Fürsten von Hohenzollern, im Gebäude des Staatsministeriums wieder zu einer Berathung versammelt und erschien in dieser Sitzung auch der Prinz Friedrich Wilhelm. Gegenwärtig soll man sich in den verschiedenen Ministerien viel mit Kammervorlagen beschäftigen. Die Größnung des Landtags ist vorläufig auf den 12. Januar angesetzt. — Der neue dänische Gesandte, Kammerherr v. Duaade, ist gestern aus Kopenhagen hier angekommen und hat heute Mittag dem Minister v. Schleinitz seinen Besuch gemacht. Noch in dieser Woche will ihn der Prinz-Regent, im Beisein des Herrn v. Schleinitz, empfangen und sein Beglaubigungsschreiben entgegennehmen. — Unsere Stadtverordnetenwahlen sind noch nicht zu Ende. Dr. Beil ist nämlich dreimal und der Destillateur und Rittergutsbesitzer Gilla zweimal gewählt; außerdem erhielten bei den gefrigten Wahlen der Bezirksvorsteher Zoellner und der Literatur Strodtz gleichviel Stimmen. In den meisten Wahlbezirken hat die liberale Partei ihre Kandidaten durchgebracht. — Über Brasilien scheint jetzt alles Unglück loszubrechen; wenigstens lauten die letzten Nachrichten für den Handelsstand sehr ungünstig. Der heisige brasilianische Gesandte hat nun auch die Meldung erhalten, daß die 3 Batterien alter Geschütze, welche hier von einem Kapitän angekauft worden waren, auf hoher See mit der Mannschaft untergegangen sind.

[Berlin, 6. Dez. [Zur schleswig-holsteinischen Frage.] Wir wollen zur Orientirung unserer Leser in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, und damit dieselben in der Lage sind, sich ein vollkommen abgerundetes Urteil zu bilden, in wenigen Wörtern mittheilen, wie die Diplomatie den Streit Deutschlands mit Dänemark ansieht, und welches die Stellung der europäischen Mächte zu demselben ist. Man sagt immer in der „Elbbergründerfrage“, in der „schleswig-holsteinischen Frage“ u. s. w. Diese Bezeichnung ist nicht genau. In Betreff Holsteins erürtet eine Frage nicht, ist nichts fraglich. Über Holstein hat der deutsche Bund ein unbefristbares Recht, und was der Deutsche Bund verfügt, ist in Holstein Gesetz. Nebst die dänische Re-

Zusätze

(14 Sgr. für die fünfgeschossige Zelle oder deren Raum; Beklammen verhältnismäßig höher) find an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

schon seit 4 Wochen verabschieden lässt, obgleich die Reise nach Hamburg nur etwa 6 Stunden dauert. Auf eine bei 12 Grad Kälte dem Bahnhofssinspizitor in Königslberg in höchster Form vorgebrachte Bitte, wenigstens für ein Koupé erster Klasse Wärmekästen etwa auch gegen Zahlung verabschieden zu lassen, antwortete derselbe den erstarnten Reisenden, daß dann am Ende „alle Passagiere“ Wärmekästen verlangen würden, und daß die Reisenden keine erhalten könnten, weil die Direktion mit der Idee umginge, Sandheizung einzuführen. Sollte die Direktion der königl. Ostbahn ihre Fahrgäste zu spät mit Sandheizung traktieren, so wird sie sich damit wenig Dank erwerben; wohl aber sollte sie berücksichtigen, daß auf einer so langen und vielfachen ungünstigen klimatischen Einwirkungen ausgesetzten Bahn (wir erinnern uns einmal über Nacht 10 Stunden nahe bei Elbing im Schnee gestellt zu haben, ohne vor- oder rückwärts, oder nur den Wagen verlassen zu können), wie gerade die Ostbahn, den Passagieren wenigstens diejenigen Annehmlichkeiten geboten werden sollten, welche in milderen Himmelsstrichen gelegene Privatbahnen ihren Fahrgästen schon gewähren. Das Publikum reist nicht immer ausschließlich zum Vergnügen, sondern oft mit Hintenansetzung der Gesundheit aus Gründen der Nothwendigkeit; und der Verkehr kann sich nicht in seiner wünschenswerthen und für die Einnahmen der Bahn spritzlichen Weise entwickeln, wenn die Reisenden abgeschreckt werden.

[Die Zeitungssteuer], die der preußischen Presse bereits so herbe Wunden geschlagen, bedroht in ihrer weiteren Ausführung hunderte von Familien mit Verderben und den Staat selbst mit direkten materiellen Verlusten. Wie wir hören, meldet die „N. Z.“, werden Präzorgane, welche neuerdings zu der lästigen Besteuerung herangezogen werden sollen, diesen Kampf theilweise gar nicht weiter zu bestehen suchen, andere, und zwar die bedeutenderen, wollen von Preußen nach Sachsen übersiedeln, und werden auf diese Weise der Staatskasse durch das Entziehen der Postprovision direkte materielle Verluste verursachen. Nichts spricht beredter als diese Thatsachen gegen die Zeitungssteuer, die finanzielle Zensur im Staate der Intelligenz.

Bonn, 5. Dez. [Prof. Dahlmann] ist heute früh kurz vor 8 Uhr sanft und schmerzlos verschieden.

Greifenberg i. P., 5. Dez. [Ersatzwahl.] Bei der gestern hier stattgehabten Wahl eines Abgeordneten für den Greifenberg-Kamminer Wahlkreis wurde der Bürgermeister von Kammin, Staegemann, Kandidat der Liberalen, mit 148 Stimmen gewählt, gegen 56 Stimmen, welche auf den Grafen v. Wartensleben stießen. (Ost. 3.)

Stettin, 6. Dez. [Schluß der Schiffahrt.] An der gestrigen Börse lag ein Schreiben des Bootskommandeurs an die Vorsteher der hiesigen Kaufmannschaft auf, in welchem derselbe anzeigt, daß durch festes und Treibis vorläufig die Schiffahrt als geschlossen zu betrachten ist. (Ost. 3.)

Oestreich. Wien, 5. Dez. [Über die Vorfälle in Ungarn] schreibt die Presse:

Die Nachrichten aus Ungarn werden von Tag zu Tag düsterer. Insbesondere sind es die Exzeesse in Pesth, welche jeden Freund des österreichischen Gesamtstaates mit den ernstesten Bejorgnissen erfüllen müssen. Wir können in den Manifestationen, wie sie in der ungarischen Hauptstadt und kurz vorher in Debreczin stattgefunden haben, nicht mehr vereinzelte Ausbrüche rohen Übermuthes erblicken, sondern glauben darin schon die ersten Symptome einer tiefgehenden Bewegung wahrzunehmen, die ihren Anstoß, wenigstens zum Theil, wohl auch von Auswärts her erhalten haben mag. Jetzt, wo Einigkeit im Innern des Reiches vor allem noththäte, um unsere schwer erschütterten Finanzen zu kräftigen und dem im Süden und Westen drohenden Feinde gerüstet gegenüberzustehen, jetzt beginnen in den östlichen Theilen der Monarchie Streitzenzesse, und noch Schlimmeres steht zu befürchten. Ohne gerade schwarz zu sehen, können wir uns die Größe der Gefahr nicht länger verhehlen. Jene Männer, welche die Verhügung Ungarns mittelst der Ottobereiße zu bewerkstelligen hofften, scheinen sich in ihren Berechnungen getäuscht zu haben und keinen genügenden Anhang im Lande zu bestimmen, um ihr Versprechen einzösen zu können. Die Ereignisse drängen, überstürzen sich, und es fehlt, so scheint es wenigstens bis jetzt, die feste Hand, die den immer höher steigenden Flutthen einen Damm entgegensetzt.... Wie kann der Sturm beschworen werden, der dem staatsrechtlichen Verbande der Gesamtmonarchie von Osten bedroht? Wir glauben kaum auf einem anderen Wege, als durch die schleunige Herstellung der verfassungsmäßigen Organe, die den magyarischen Sonderbestrebungen allein das Gegengewicht zu halten im Stande sein dürften. Die Zeitereignisse schreiten unaufhaltlich vorwärts; wozu sonst kaum Jahrzehnte genügt, das vollzieht sich gegenwärtig oft in wenigen Tagen. Darum dunkt uns vor Allem nothwendig, daß rasch gehandelt werde. Energie und Thatkraft sind die Eigenschaften, die wir von den jüngsten Senken des Staatschiffes vor allem anderen fordern müssen. Die weilichen Theile des Reiches dürfen hinter den östlichen nicht zurückbleiben; Wien darf durch Pesth nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Man vergesse nicht, daß von den acht Millionen Einwohnern, welche Ungarn zählt, nur eine Hälfte der magyarischen Nationalität angehört, während die andere Hälfte sich unter Slaven, Deutsche und Rumänentheilt; und daß Kroaten, Slavonen, Serben und Dalmationen, welche Ungarn für sich als Anhänger seiner Krone in Anspruch nimmt, nur wenige Bewohner magyarischen Stammes zählen. Das sicherste Mittel, um diese Länder, deren Wichtigkeit als Grenzmarken des Reiches keiner weiteren Erörterung bedarf, fester und fester an das Gesamtmonarchie zu knüpfen, kann nur darin bestehen, daß ihnen hier, in Wien, eine vollkommen ausreichende Garantie für die Berücksichtigung ihrer wohlbegruñdeten Rechte und Interessen geboten wird, ausreichender, als sie ihnen ein Landtag in Pesth mit magyarisrenden Tendenzen gewähren könnte.

[Der Prozeß Richter] steht hier noch immer im Vordergrunde der Ereignisse. Für die öffentliche Meinung bedarf es keiner weiteren Verhandlung mehr, sie ist mit ihrem Wahrspruch bereits fertig. Nachdem man gesehen hat, daß die Männer aus allen Kreisen, Beamte, Kaufleute, Fabrikanten, Privatpersonen u. s. w., welche die Staatsanwaltschaft so zahlreich als Belastungszeugen herbeigerufen hat, sammt und sonders zu Entlastungszeugen für Richter geworden sind, nachdem man gehört hat, daß die gemieteten Geschäftsläden sich in jeder Hinsicht über das Verfahren und den Charakter Richters so überaus günstig ausgesprochen, nachdem man endlich sich überzeugt hat, daß der Staatsanwalt für keinen seiner zahlreichen Anklagepunkte auch nur einen schlagnenden Beweis beizubringen vermugt, und daß die Verdachtsgründe, die er hie und da zu erheben verucht, auf das tägliche Verfahren jedes, auch des reellsten Kaufmannes Anwendung finden könnten, seitdem giebt es nur die eine öffentliche Stimme: „Richter ist ganz unzulässig, und der gegen ihn angestrebte Prozeß war nichts Anderes, als ein bei den Haaren herbeigezogene Tendenzenprozeß, durch welchen man theils das ungerechtfertigte harte Verfahren, welches den Minister Bruk in den Tod trieb, beschönigen, theils den Flecken, welcher durch den Prozeß Cynat auf die österreichische Armee fiel, mit noch größeren Vorwürfen gegen einen angehenden Zivilisten bedecken wollte.“ Diese Urtheile hört man jetzt überall, und man findet in dem ganzen Verfahren des Staatsanwalts während dieses Prozesses starke Beweise dafür. Man sagt: Der Staatsanwalt hatte allerdings das Recht, Richter auch auf den geringsten Anzeichen eines Verbrechens hin verbasten, gänzlich absperren, seine Papiere durchsuchen, zahlreiche Zeugen in der Voruntersuchung vernehmen, kurz Alles das ihm zu lassen, was zur Auflösung des Verdachtes beitragen kann. Aber für einen guten Juristen und vor Allem für einen unbefangenen Zivilisten hätten einige Wochen genügt, um sich darüber in Klare zu legen, ob er den Angeklagten wenigstens in einem Punkte eines Verbrechens oder Vergehens überweiteren Verhandlung nicht und ob er demgegenüber ganz der Angklage entbinden mußte. Statt dessen hält er Richter neun Monate lang in der engsten Haft,

ohne während dieser ganzen Zeit einen wirklichen Beweis herauszufinden, und stöbert dann die wunderlichsten Anlagepunkte (Fadenzahl, Garnnummer, Haferstaub u. s. w.) hervor, um wenigstens den Schein aufrecht zu erhalten; und aus Allem ergiebt sich schließlich doch, daß Richter mit großer patriotischer Selbstaufopferung und mit verhältnismäßig sehr kleinem Gewinn die Eiferungen übernommen hat. So kann, sagt man weiter, ein gewiefter Jurist nur handeln, wenn er entweder gemessenen Auftrag oder spezielle Interessen dabei im Auge hat; und man will die Bestätigung dafür auch in der Art finden, wie der Staatsanwalt beim öffentlichen Verhör den Zeugen die Antwort in den Mund zu legen, wie er in sie hineinzuhören sucht, wie er oft, unter dem Schein geschäftlicher Unkenntlichkeit, die Fragen zu verwirren und zu verdunkeln sich bemüht, kurz, wie er nicht als parteiloser Richter, sondern mit so leidenschaftlicher Parteihaltung gegen den Angeklagten sich benimmt, daß man schließen könnte, er kämpfe hier einen Kampf um höchst persönliche Interessen, um die eigene Existenz. Und in der That giebt es nicht Wenige, welche behaupten, daß die Freisprechung Richters zugleich auch die Entlassung oder wenigstens Verlegung des Staatsanwalts zur Folge haben müsse. So lautet das öffentliche Urtheil fast überall, wo man vom Prozeß Richter sprechen hört, und dieses Urtheil würde sicherlich dasselbe bleiben, auch wenn der Gerichtshof den An-geklagten nicht gänzlich freisprechen sollte. (S. 3.)

[Die Instruktionen an die Obergespanne.] Der „Wanderer“ vergleicht die Instruktionen an die Obergespanne mit den Gesetzen von 1847–48, welche von der liberalen Partei Ungarns als die bis zum Zusammentritt des Landtages unveränderliche Basis festgehalten werden, und bemerkt in dieser Beziehung: „Man war allgemein der Ansicht oder hegte wenigstens den Wunsch, daß die Instruktionen keinen anderen Zweck verfolgen würden, als einzelne Bestimmungen der Gesetze von 1847–48, welche sich auf faktisch nicht mehr bestehende Verhältnisse und Institutionen (wie verantwortliches Ministerium u. s. w.) beziehen, für den Übergang zu akkommodieren. Die Instruktionen geben jedoch viel weiter. Die im 16. Artikel von 1847–48 angeordnete Komitats-Kommission ist zwar dem Namen nach beibehalten, aber in der Zusammensetzung wurden wesentliche Abänderungen vorgenommen. Nach dem Gesetz von 1847–48 haben die Bewohner des Komitats gemeinsam ihre Repräsentanten zu jener Kommission abzuordnen; es sollte eine wahre und unmittelbare Volksvertretung sein. S. 3 der Instruktionen stellt die Konstitution der Kommission dem Obergespann anheim, welcher sich mit einigen Vertrauensmännern zu verständigen hat. Daß die Kommissionen aus dem Jahre 1848 noch bestehen und nur einer Ergänzung bedürfen, wird völlig ignorirt; ebenso führt der S. 4 der Instruktionen ein Maximum und ein Minimum der Zahl der Kommissionmitglieder, wovon in den Gesetzen von 1847–48 nichts zu finden ist; auch von einer Bedeutung der Komitats-Kommission war unsrer Wissens nie die Rede. Selbst in Nebensachen, wie z. B. bei Besoldung der Beamten (von der Todesformal gar nicht zu reden), wurde stets auf die Zeit vor 1848 verwiesen. Abgesehen davon, daß die Komitate in derlei Dingen vollkommen selbständige waren, werden sich die Beamten über diesen Gegenstand, sowie über den Trost, daß hinsichtlich einer etwaigen Erhöhung ihrer Bejäge binnen 6 Monaten von der Statthalterei entschieden werden soll, wahrscheinlich wenig erbaut finden. Von einer Unterbreitung der Beamtenlisten an die Statthalterei ist im Art. 17 von 1847 bis 48 keine Andeutung zu finden. Den meisten Autoren dürften die §§. 11–15 der Instruktionen erregen. Die gegenwärtigen Finanzbehörden sind bekanntlich weder prinzipiell, noch – wenn man so sagen darf – persönlich beliebt, und viele Obergespanne dürften für das ihnen im §. 11 zugemuthete Verhältniß zu diesen Behörden keine Sympathie mitbringen. Die folgenden §§. 12–15 werden eine ganze Reihe von Gesetzen aus dem Jahre 1847–48, namentlich den 11. Artikel, über den Haufen; sie belassen die Civil- und Strafgerichtspleite in statu quo, ein Zustand, der jedenfalls auf Widerspruch stoßen dürfte. Die Deutlichkeit der Beratungen der Komitats-Kommission wurde aus dem Artikel 16 1847–48 beibehalten; nur die Klausel wegen allfälliger Hinausmaßregelung unruhiger Zuhörer ist eine Zulat der gegenwärtigen Hofstanzei.“ Das sind in Kürze die Bemerkungen, die wir nach der ersten flüchtigen Durchsicht an die Instruktionen zu knüpfen haben. Nach Berichten aus Pesth war die Aufnahme dafelbst keine günstige, und bei dem bekannten Programm der Majorität im Lande finden wir dies vollkommen erklärlich. Wir haben nur noch darauf aufmerksam zu machen, daß das Bestehe der 1847–48 gesetzlich aufgebohnen Hofstanzei an und für sich bloss als provisorisch Maßregel betrachtet wird, daß es daher doppelt unangemessen wäre, vom Landtage gegebene und vom König sanktionierte also vollgültige Gesetze im Wege einer einfachen Instruktion der Hofstanzei beliebig abgeändert oder annullirt zu sehen.“ — Günstiger urtheilen die „Neuesten Nachrichten“ über die Instruktionen und den Eindruck, welchen dieselben gemacht. Dieses Blatt sagt: „Prinzipiell genommen, enthalten die Instruktionen den Geist der Gesetze des Jahres 1848. Die Gleichheit und Gleichberechtigung aller in der Entscheidung über die Angelegenheiten des Komitats hat in den Instruktionen einen bestimmten Ausdruck erhalten. Religion, Stand und Besitz bilden keinen Unterschied mehr. Es ist diese Thatsache um so erfreulicher, weil sie den Verleumdern Ungarns klar und deutlich beweist, daß man in Ungarn unter Wiederherstellung des alten Rechtes nicht auch Wiederherstellung des alten Unrechtes versteht. Von dem seltenen Geiste der Verjährung, welcher alle Kläffen Ungarns beherrscht, zeigt der S. 16 der Instruktion, der es jedem der ungarischen Sprache unkundigen Komissionmitgliede gestattet, in den allgemeinen Beratungen sich der in seinem Komitate herrschenden Sprache zu bedienen. Es ist diese Bestimmung gewiß beruhigend für die gewaltam aufgezeigten Bedenkenlichkeiten der verschiedenen Stämme Ungarns. Das Zurückgehen in gewissen Punkten auf den Zustand vor dem Jahre 1848 ist, wie unser Pesther Korrespondent entwirkt, nur dadurch bedingt, weil die Autonomie der Komitate vor dem Jahre 1848 einen größeren Wirkungskreis hatte, als nach dem Jahre 1848, wo das verantwortliche Ministerium die beschränkte Autonomie erließ. Die Wiederherstellung der Gesetze-Bestimmungen vom Jahre 1848, welche von dem verantwortlichen ungarischen Ministerium handeln, bleibt also vorläufig noch eine offene Frage, die vielleicht schon der erste Landtag zu entscheiden hat.“ Die „Neuesten Nachrichten“ sprechen überhaupt die Ansicht aus, daß sich die Zustände Ungarns jetzt hoffentlich zum Bessern wenden werden, und findet diese Ansicht schon durch mehrere Thatsachen bestätigt. Der bisher so heftige und aufgeriegelte Ton der Journals mache einer versöhnllichen und vermittelnden Sprache Platz. Der „Pesth. Hirnö“, bisher der elstige Vertreter der sogenannten altkonserватiven Partei, erklärt jetzt selbst, im Gegensatz zu den von dem Hofstaat Demenyi ausgesprochenen Ansichten, daß das Wahlgesetz vom Jahre 1848 nicht verlegt werden darf, weil dessen Verlegung im Jahre 1861 dieselben Resultate haben müßte, wie im Jahre 1848, und daß das Festhalten an diesem Gesetz geeignet sei, das Land zu beruhigen. Für sehr wichtig in diesem Augenblick betrachtet das besagte Blatt namentlich die Thatsache, daß Graf Csáky, der neuernannte Judex Curiae, die höchste richterliche Person Ungarns und gewissermaßen der Vertreter des Gesetzes, in einer Berathung, welche am 28. v. M. in Stuhlwiesenburg zur Reorganisation des Komitatsstatthofs, erklärte: daß nur dasjenige gesetzliche Kraft besitze, was der Landtag beschlossen und der Fürst sanktionierte, und daß er als solche Gesetze die Artikel des Landtages 1847/48 betrachte. Die demnächst zusammentretende Graner Konferenz, deren Zusammentritt übrigens nun definitiv auf den 15. Dezember festgesetzt sein soll, nachdem die Räte der Mitglieder derselben mit der Genehmigung des Kaisers am 28. v. M. in Gran angelangt ist, diese Konferenz, meinen die „Neuesten Nachrichten“, werde hoffentlich die letzten Hindernisse verhindern lassen.“

[Strazentumulte in Pesth und Waizen.] Über die Vorgänge in Pesth am 2. d. berichtet die „P.-D. Z.“: Gestern fand hier das Leichenbegängnis des Tischlergesellen St. Sch. statt, der bei dem Straßenzug am 21. Oktober d. J. verwundet worden war. Der dafelbe begleitende Zug bestand aus einigen hundert Gewerbsleuten. Man sang Wörösmary's „Sózat“, ließ den Rakoczymarsch spielen und ließ auch wieder die bekannten Eljens hören. Abends bewegte sich ein Zug von ungefähr hundert Personen von dem Sebastianiplatz durch die Schulgasse mit dem Rufe: Le a sasokal! herab mit den Adlern! und wollten am L. L. Versatzamt den f. Adler mit Fokos herabschlagen, was ihnen jedoch nicht gelang. Der Zug wuchs durch die weiteren Gassen fortwährend an, einige Adler an Gewölben fielen oder wurden beworfen und einige Fenster eingeschlagen, bis eine Abteilung des Militärs ausrückte und die Häuser unter Verhaftung eines Handschuhmachersgesellen zerstreute.“ — Aus Waizen sind, wie die „Pr.“ meldet, Nachrichten über die Strazentumulte eingetroffen, welche am 3. Dezbr. Nacht stattfanden. Das Militär war ausgerückt und es fand ein Zusammenstoß statt, in Folge dessen auf beiden Seiten Verwun-

dungen vorkamen. Auch hier wurden die kaiserlichen Adler herabgesunken, zur Erde geworfen und darauf Gzardas getanzt. Die Strazentumulte haben eine gedrückte Stimmung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Wer nicht im Stande ist, den Adler schnell von seiner Firma abzunehmen, hängt ein schwarzes Tuch darüber oder überdeckt die Maueranschrift mit schwarzer Farbe.

— [Erzgeb.] Wie man der „Pr.“ aus Spital in Oberlärntheim schreibt, kam es dafelbts am 25. v. M. bei einer Tanzunterhaltung in einem Dorfe des Gerichtsbezirks Spital zu einem bedauerlichen, von den traurigsten Folgen begleiteten Militär-Erzgeb., welchen übrigens der Uebermuth der Zivilisten selbst zunächst veranlaßte. Es ist nämlich in diesem Dorfe eine Kompanie des ungarischen Infanterie-Regiments Prinz Alexander von Hessen stationirt. Um Konflikten vorzubeugen, hatte sich der Veranstalter der Tanzunterhaltung Tag vorher an den Kompanie-Kommandanten mit der Bitte gewendet, für diesen Abend den Soldaten den Zutritt in das betreffende Wirthshaus zu untersagen, welchem Ansuchen auch entsprochen ward. Wirklich hatten sic bloß vier in einem zum Wirthshause gehörigen Nebengebäude bequarzte Soldaten in erstrem eingefunden und in einem an das Tanzlokal stoßenden Gemache ruhig bei ihrer „Zech“ stand die Musik angehört. Eben kam nach dem Tanzstreich der Korporal vom Tage, um Nachzugszegeben aufzufordern, als sich einige Bauernburische Soldaten zum Nachzugszegeben aufzumachen, über die Anwesenheit der Soldaten zu schimpfen. Bei dem hierdurch veranlaßten Streit versuchte der Korporal, den Säbel zu ziehen, wurde jedoch hieran von einem beurlaubten Gendarm verhindert, und es wurden sofort die Soldaten, der überlegenen Zahl der Zivilisten nicht gewachsen, aus dem Wirthshause hinausgeschoben, dessen Eingang aber verschlossen. Während nun die Bauernburische, die Sache abgethan wußend, arglos weiter tanzten, holten sich die erbitterten Soldaten Kameraden und Waffen, kehrten mit aufgezogenen Bayonetten zurück, zertrümmerten vorerst alle Fenster des Wirthshauses, stürmten sodann in dasselbe, so wie in das Tanzlokal hinein und drangen, in blinder Wuth weder auf Geschlecht noch Alter mehr achtend, mit Bayonetten, Säbeln und Kolbenschlägen auf alles ein, was sich nicht durch die schleunigste Flucht zu retten vermögte. Ein Bauernknecht sank gleich unter einem Kolbenstreich tot zusammen. Außerdem weiß man bisher von 15 theils leicht, theils schwer verwundeten Zivilisten. Einem über 60 Jahre alten Bauer, der mit seinem Weibe an einem Tische des Nebenzimmers ruhig seinen Braten verzehrte, wurde der rechte Vorderarm entwurzelt und noch eine andere Verletzung beigebracht, sein gleich alter Ehemann aber neben ihm mit einem Kolbenstreich zu Boden geschmettert. Am übelsten kam der schon erwähnte beurlaubte Gendarm weg. Durch einen Streit von rückwärts zu Boden gestreckt, erhielt er, als er, unfähig aufzustehen, sich hinauswälzen wollte, noch auf dem Boden viele Säbeln und Bayonettenstiche. Man zweifelt an seinem Aufkommen. Es würde übrigens die Zahl der Verwundungen noch größer sein, wenn nicht die hier übliche dicke Lodenkleidung manchen Streit unbeschädigt gemacht hätte. Da keiner der überrächten Zivilisten eine Gegenwehr verübt, so trug keiner der Soldaten eine Verletzung davon. Die Unterührung ist im Zuge.

Pesth, 28. Novbr. [Rückkehr des lateinischen Bischofs Bemmer nach Großwardein; Demonstration; Rekrutierung.] Der „Ostd. Post“ schreibt man von hier: In Großwardein ist am 19. d. der dortige ehemalige Bischof lat. Ritus, Baron Ladislaus Bemmer, eingetroffen, nachdem derselbe seit Herbst 1849 zuerst längere Zeit in kriegsrechtlicher Untersuchung gestanden, später aber in ein Kloster nach Tirol verbannt wurde, wo er bis jetzt seinen Aufenthalt hatte. Der greise Bischof, welcher sich allgemeiner Achtung erfreute, wurde von der Bevölkerung mit den wärmsten Freudenbezeugungen begrüßt und erhielt Abends einen Fackelzug. Der bischöfliche lat. Stuhl in Großwardein hätte somit derzeit zwei Bischofe, die von gleichen Sympathien getragen werden. Dagegen tritt gegen einen andern Bischof der katholischen Kirche in Ungarn die Meinung des Volkes immer mehr zu Lage, und war derselbe am 19. d. Anlaß eines standlosen Vorfalls in Nagy-Karoly. Es ist dies der Szathmäter Bischof Dr. Michael Haas, den seit lange her die öffentliche Meinung der Germanisierung unserer Schulen anklagt, nachdem er Schulrat bei der Statthalterei in Ösen gewesen. Seine vor etwa zwei Jahren erfolgte Erhebung auf den Szathmäter Bischofstuhl hat übrigens im ganzen Lande sehr unangenehm berührt. Der genannte Oberhirt der Kirche war auf einer Inspektionstreise in Nagy-Karoly eingetroffen und im dortigen Piaristenloster abgestiegen. Kaum war dessen Anwesenheit bekannt geworden, als sich ein Haufe vor seiner Wohnung versammelte, eine Kauenmusik anstimmte, die Fenster einschlug und Steine in die Zimmer warf, während die Piaristen mit stürmischen Eljensufen begrüßt wurden. Aus der bischöflichen Residenz Szathmärt selbst verlautet, daß die Gläubigen haufenweise die Kirche verlassen, sobald der Bischof dieselbe betrifft. — Die gestern hier begonnene Abstellung des Rekrutenkontingents geht in vollster Ruhe und Ordnung von Statten; dagegen wirkt dieselbe auf dem Lande mehr oder weniger ungünstig auf die Stimmung im Volke, das sich durch die Wiederherstellung der Verfassung der Militärpflicht erhoben glaubte.

Bayern. München, 5. Dez. [Kirchliches; Presbyterat.] Nach den bestimmten Erklärungen des Königs bei seinem letzten Besuch der Pfalz konnte der Selotismus, dem die dortigen kirchlichen Wirren entsprangen, nicht mehr auf Unterstützung der Staatsregierung rechnen. Diesen Erklärungen ist inzwischen die ausdrücklichste Weisung an die kirchlichen Behörden gefolgt, von jeder weiteren Propaganda für das in einer Mehrzahl von Gemeinden mißliebige neue Gesangbuch abzustehen. — Den obersten Gerichtshof beschäftigte am vergangenen Freitag die Nichtigkeitsbeschwerde des Redakteurs des Beobachters Dr. Hopf in Stuttgart gegen das ihm wegen Preszvergehens verurtheilte Erkenntnis des hiesigen Schwurgerichts. Der Schulauftschluß, welcher übrigens, da Dr. Hopf zur Verhandlung nicht erschien war, ohne Zugabe von Geschworenen erfolgte, gründete sich auf die in einer Anzahl von Korrespondenzen gebrachten Schilderungen der hiesigen Polizeiverwaltung, ohne daß im verurtheilenden Erkenntnis einer Feststellung darüber vorlag, ob die amtliche Eigenschaft der betreffenden Polizeibeamten Gegenstand des Angriffs war. Der oberste Gerichtshof nahm hieraus Anlaß, das angefochtene Erkenntnis zu vernichten und die neuere Verweisung der Sache vor das Schwurgericht auszusprechen. (R. 3.)

Württemberg. Tübingen, 4. Dez. [Prof. v. Baur.] Eine der ersten Bierden der Universität und der gesamten deutschen theologischen Wissenschaft, das Haupt der sogenannten Tübinger Schule, Ferdinand Christ

thatsächlicher Beleg dafür zu betrachten, daß Seider amnestirt wird, der es werden will und nicht durch fortgesetzte agitatorische Thätigkeit eine beharrliche Feindseligkeit gegen die politischen Institutionen seines Vaterlandes an den Tag legt. (Pr. 3.)

Mannheim, 4. Dezbr. [Gewerbefreiheit.] Der hiesige Gemeinderath hat sich in einer seiner letzten Sitzungen für unbedingte Gewerbefreiheit ausgesprochen.

Frankfurt a. M., 5. Dez. [Augenkrantheit.] Auch unter dem hiesigen Linienbataillon ist die Augenkrantheit ausgebrochen, und sollen bereits 20 Soldaten ins Lazareth gebracht sein.

Lübeck, 3. Dez. [Bürgermeisterwahl.] Der Senat hat in seiner vorgestrigen Versammlung den Senator Dr. Brehmer zum vorzügenden Bürgermeister für die nächsten beiden Jahre erwählt. Derselbe war bekanntlich schon in den Jahren 1849 und 1850 vorzügender Bürgermeister. (E. Ztg.)

Großbritannien und Irland.

London, 4. Dez. [Die "Times" über die Cavour-sche Note.] Daz die "Times" sich mit der Note des Grafen Cavour vom 9. November nicht nur vollkommen einverstanden erklärt, sondern über die Argumentation des sardinischen Ministers noch hinausgreift, war nach der Russellschen Note vom 27. Oktober kaum anders zu erwarten. Mit Lord J. Russell vertritt sie das Prinzip, "daz Unterthanen das Recht besitzen, tyrannische Regierungen zu vertreiben und sich unter die Herrschaft eines Nachbarfürsten ihres eigenen Stammes zu stellen." Vergebens beruft man sich auf die Dogmen des Völkerrechts, gegen solche Instinkte und Nothwendigkeiten. Es gebe viele Erwägungen, die man nicht füglich als Prinzipien, wohl aber als Rechtfertigungen vollendet Thatsachen gelten lassen könne. Man beurtheile die Thaten Wilhelm Tell's nicht nach den Regeln von Grotius oder Battel. Das Völkerrecht sei ein sehr unbestimmtes und schattenhaftes Ding. Es entbehre der Autorität und der Sanktionen, die den Kern des bürgerlichen (municipal) Gesetzes bildeten, und wenn es die Form von Verträgen annehme, so sei es im besten Falle nur ein vom Willen der Beteiligten abhängiges provisorisches Abkommen. Preußen selbst habe zwar ein lebhaftes Interesse an jenem Theil der Wiener Verträge, der ihm seine rheinischen Provinzen wieder-gegeben (?); aber zum Glück für Preußen ruhe sein Eigenthumsrecht an diesen Provinzen auf einer festeren Grundlage als Verträge es seien. Langer Besitz, das teutonische Geblüt der Einwohner, die Segnungen guter Regierungsweise und eine weise Eiserneucht gegen die Vergrößerung Frankreichs bildeten eine Gesamtbürgschaft für den preußischen Besitz am Rheine, wie sich dieselbe nicht leicht für die Bourbonenherrschaft in Neapel oder für die österreichische Herrschaft in Venetien aufweisen ließe. Das Zeugniß, welches die "Times" hier gelegentlich zu Gunsten des preußischen Regierungssystems ablegt, weicht aber sehr bald wieder der gewohnten Leidenschaftlichkeit, welche das Urtheil der "Times" über Preußen und seine Politik seit längerer Zeit mehr oder weniger zu trüben pflegt, und welche ihr auch im vorliegenden Falle wieder Insinuationen eingeht, mit denen sie aller geschichtlichen Wahrheit trog bietet.

— [Die „Times“ über den Stieber'schen Prozeß.] Die „Times“ bespricht heute in einem Leitartikel den Prozeß Stieber und die preußische Polizeiwirthschaft. Sie schreibt unter An-

her und die preußische Regierung sind für die Menschheit verantwortlich. Es gibt Skandale, welche für einen Staat verhängnisvoller sind, als daß größte Unheil, welches Krieg, Hungersnoth und Pestilenz mit sich bringen können. Es gibt Enthüllungen, welche die Sympathien der Menschheit mehr entfremden und dem Gewissen der Menschheit größeren Anstoß erregen, als irgend eine Geschichte, in welcher politische Hartnäckigkeit und politische Schnizer die Hauptrolle spielen. Die jetzt zu Tage gekommenen Thatenachen

find denn doch am Ende selbst für die deutsche Geduld etwas zu stark, und alle gebildeten Preußen sind von einem tiefen Scham- und Zorngefühl durchdrungen. Wir wollen recht gern glauben, daß die gegenwärtige Regierung den Wunsch hegt, den unter der vorigen Verwaltung aufgeschossenen Uebeln abzuheilen; allein das "System" läßt sich so leicht nicht ändern, und jene Gebrechen, welche unter dem Ministerium Manteuffel am allerüppigsten wucherten, sind nicht nur nicht ausgerottet worden, sondern stehen noch immer mit einer Beharrlichkeit, die ein höchst bedenkliches Zeichen ist, in voller Blüthe. (?) Aus den Enthüllungen, die der Prozeß Stieber zu Tage gefördert hat, geht hervor, daß die preußische Polizei nicht bloß in entlegenen Provinzen, sondern selbst in dem gebildeten Berlin in Wahrheit kaum besser war, als die neapolitanische. Mit Ausnahme davon, daß man nicht zu skandalösen und grausamen Strafen schritt, scheint kein Grund vorzuliegen, weshalb wir diese Leute, welche im ersten Staate Deutschlands regierten, höher stellen sollten, als die, welche dem gewesenen Tyrannen der beiden Sizilien gehörchten. Was die Moralität anbelangt, so fragt es sich noch sehr, ob die Preußen in diesem Punkte nicht schlimmer fahren, als die Neapolitaner. Jedenfalls gereicht es den Behörden zur Ehre, daß sie endlich den Muth gehabt haben, einen der angeblichen Uebelthäler zu verfolgen. . . . Diese Enthüllungen werden ohne Zweifel dem preußischen Polizeisystem einen harten Schlag versetzen. Kein größeres Heil kann der Monarchie widerfahren. Gerade diese unverantwortliche Gewalt, welche in den Händen der willkürlichen Menschen lag und den Auswurf der Menschheit als Werkzeug benutzte, hat die Staatsmänner Preußens entstellt und allen bestien Trieben des Landes durchkreuzt."

Frankreich

Paris, 4. Dez. [Die Verfassungsänderung.] Der „Amt de la Religion“ bemerkte in Bezug auf den Artikel des „Constitutionnel“ (s. Nr. 282): „Der „Constitutionnel“ spielt eine eigenthümliche Rolle. Nach diesem Journal hat es weder eine Veränderung in der innern Politik, noch eine Ministerkrise gegeben. Das geht noch an für die Ministerkrise, aber behaupten zu wollen, daß keine andere Politik inauguriert worden sei, und daß Alles, was auf der Bühne nach einem Theaterkoup, wieder zur gewohnten Ordnung zurückkehren werde, das heißt doch in der That entweder das Publikum oder die Regierung zum Besten haben. Der „Constitutionnel“ hatte uns bereits verflossenes Jahr ein ähnliches Kramstück aufgeführt, als er nach dem Frieden von Villafranca behauptete, der Kaiser habe alle seine auf Italien bezüglichen Pläne und Versprechen vollkommen verwirklicht, während das Staatsoberhaupt selber anerkannte und offen verkündigte, daß er habe anhalten und auf einen Theil seines Programms keine vorrichten müssen.“

Heute erscheint ein Dekret, das mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen wird. Man fängt an, wieder aufzuthmen, man hofft; man beglückwünscht die Regierung von allen Seiten, weniger für das, was sie gethan hat, als für das, was nothwendigerweise aus diesem ersten Schritt auf dem Psade des Liberalismus sich ergeben muß. Plötzlich tritt der „Constitutionnel“ mitten unter diesen Glückwünschen und Hoffnungen auf und verkündet mit der ihm eigenen Autorität, das Land habe Unrecht, sich wegen der bewilligten Reformen zu beunruhigen, diese Zugeständnisse beschränkten sich auf Nichts, die Regierung habe Nichts von ihrer Macht und Verantwortlichkeit verloren, Frankreich möge sich deshalb beruhigen. So macht sich dieses Blatt zum Organ der öffentlichen Meinung, indem es dieselbe geradezu verkehrt aussägt.“

— [Tagesbericht.] Der Kaiser Napoleon hat nun, nachdem er sich durch seine liberalere Politik die öffentliche Meinung im Lande gewonnen hat, den ganzen Polizeiapparat abgeschafft, der ihn umging, so oft er sich aus dem Palast entfernte. Er begab sich gestern in die große Oper, ohne vorher die Polizeipräfektur davon zu benachrichtigen, und ertheilte Befehl, daß die Municipalpolizei, wie sie hunderttausend aus den Magistraturen machen möge, sonst

garde so wie die Hundertgarden aus den Bogengängen wegblieben, wo sie sonst jede Bewegung argloser Theaterbesucher überwacht und sogar gestört haben. — Der Rath, welcher die Organisation Algeriens festzustellen hat, vermöchte, wie verlaubt, nicht, sich zu einigen, und der Kaiser hat es übernommen, selbst die Kolonie zu verwalten, und beschäftigt sich mit Ausarbeitung eines Organisationsplanes für die Kolonie. Die Zurücknahme der Ernennung des Herzogs von Malakoff zum Statthalter von Algerien wird mindestens für möglich gehalten. — Die französische Regierung soll entschlossen sein, den Vertrag, welchen sie mit Abyssinien abgeschlossen hat, in Anwendung zu bringen und den Hafen von Adulis zu besetzen. — In der kaiserlichen Waffenfabrik zu St. Etienne werden für Piemont 30,000 Gewehre angefertigt. Eben dort werden 70,000 Feuerschlossgewehre aus den Jahren 1816—1832, welche die sardinische Regierung von Frankreich gekauft hat, mit Pistolen versehen; 1500 Arbeiter sind Tag und Nacht mit dieser Arbeit beschäftigt. Russland erhält aus derselben Fabrik 1000 Stück gezogene Karabiner. — Die englische, belgische und deutsche Presse werden heute vom „Constitutionnel“ belebt, daß sie aufgehört haben, Frankreich Annexionsglüste beizumessen. Die spanische Presse aber fürchtet sich noch immer vor dem „schwarzen Mann“. Es wäre doch endlich Zeit, daß auch *sie* die „kindliche Furcht“ ablegte. Wie sollte der Kaiser, der Spanien zur europäischen Großmacht machen wollte, auch nur daran denken können, sich das Land der Basken zuzulegen, wie die „Spania“ jüngst wieder ausgestreut hat?! Thut doch der „Constitutionnel“ gerade, als ob die Annexion von Savoyen und Rizza nicht vorgenommen, sondern im grauen Alterthum stattgefunden hätte! — Wie vorzüglich die Preßgesetzgebung in Frankreich ist, zeigt sich wieder einmal an der in Bordeaux erscheinenden „Gironde“. Dieses Blatt ist einmal wegen einer Verleumdung des Maires von Bordeaux zu 50 Frs. und dann wegen eines nicht unterzeichneten Artikels (der die Ansicht, daß die Engländer die Meine von Bor-)

unterzeichneten Artikels (bei die Anfang, daß die Engländer die Wein von Bordeaux nicht zu würdig vermöchten, weil ihr Gaumen durch die alkoholisierten Weine verdorben sei, widerlegt) zu 500 Frs. Strafe verurtheilt. Gegen letzteres Urtheil ist die Kassation angerufen. Wird es aber in dieser Instanz bestätigt, so muß, um solcher Eappallien willen, laut Preßdecreet von 1852, das Blatt unterdrückt werden. — Die f. Tabaksfabriken in Bordeaux, Havre u. Marseille haben für nächstes Jahr allein den Ankauf von 9 Mill. Kilo exotischen Tabaks in Blättern ausgeschrieben. — Herr v. Rothchild hat auf Grund des dem Sachlage nach unrichtigen und in der Form sehr beleidigenden Briefes, den Dr. Mirels wegen der Nichtzahlung der römischen Kupons im Journal des „Chemins de Fer“ veröffentlicht hat, eine Anklage gegen Leperton eingereicht. — Nach den Vertheidigungs-Arbeiten, die England in Malta vorgenommen, kommen ähnliche Arbeiten auf der Insel Korfu und den übrigen jónischen Inseln in Angriff. Die Armstrong-Kanone wird dort ebenfalls eingeführt und die Zahl der Strandbatterien auf diesen Inseln bedeutend vermehrt. Was die franz. Flotte anbelangt, so sollen derselben neue Kredite eröffnet werden. Ihre Kadres sollen bis nächsten Januar außerdem bedeutend vermehrt und Alles so eingerichtet werden, daß die

franz. Elvite nächstes Frühjahr furchtbarer denn je das steht. — Der Belgier Gil-
lion aus Mons, welcher beim Preischießen in Vincennes den zweiten Preis er-
halten, hat den Löwentödter Jules Gerard, dem der erste Preis zu Theil ge-
worden, zu einem Wettschießen im nächsten Frühjahr herausgefordert und
2000 Frs. dafür ausgezogen.

Paris, 6. Dez. [Teleg.gramm.] Der heutige "Moniteur"
veröffentlicht ein Birkular des Grafen Persigny an die Präfekten,
in welchem es heißt: Der Akt vom 24. Nov. bereite die ruhige
Ausübung der Freiheit vor, deren Entwicklung der Thron Napo-
leons schützen werde. Das Birkular empfiehlt den Präfekten, nichts
zu vernachlässigen, um das Werk der Versöhnung zwischen den
Parteien zu vollenden.

B E I g t e R.
R o m S p f e : a u s

Brüssel, 4. Dez. [Vom Prose, aus der Kammer, Universität; ein Fund.] Der König und der Graf von Flandern sind gestern von dem Jagdschlosse Ardenne, wo sie einige Wochen verweilt haben, nach Laeken zurückgekehrt. — Die Kammer hat in heutiger Sitzung das Orts'sche Amendement (Preisausschreiben für Herstellung einer Modell-Schießwaffe zur Armirung der Bürgergarde) nebst einem unwesentlichen vom Central-Ausschusse hinzugefügten Besetze mit großer Mehrheit genehmigt. Auch bei dieser Gelegenheit haben sich einige warme patriotische Stimmen über die "drohenden Gefahren des Despotismus und der Fremdherrschaft" vernehmen lassen. — Mit jedem Jahr nimmt die Zahl der Ausländer an der Universität Lüttich zu, um sich hier in den mechanischen Wissenschaften auszubilden. Noch jüngst ließen sich neun Polen zu diesem Zwecke immatrikuliren. — Bei den Befestigungsarbeiten in Boorsbeek in Belgien fand man in einer Tiefe von 21 Fuß ein vollständiges Gerippe eines Fisches aus dem Geschlechte der Walfische von bedeutender Länge.

A t a l i e n.

Turin, 2. Dez. [Tagesnotizen.] Die Nachrichten welche aus Palermo von der Aufnahme des Königs hierher gelangen, erregen in allen Kreisen Freude. — Man hat hier von Herrn Mordini eine günstigere Ansicht gewonnen, als man bisher gehabt hat. Es stellt sich nämlich heraus, daß er Ordnung in die Geschäfte gebracht und ganz dem von ihm angenommenen Programme gemäß regiert hat. — An den General Pinelli ist der Befehl abgegangen, daß er sich der Strenge enthalte, wie er sie in seinem Tagesbefehl

angekündigt habe. — Herr Cassinis, der sich nach dem jülicheren Italien begeben hat, wird dem Könige einen Entwurf, die Gerichtsbarkeit in der Emilia betreffend, vorlegen, wonach drei „königliche Gerichtshöfe“, einer zu Bologna, einer zu Modena und einer zu Parma, errichtet werden sollen. Zum Vorsitzer des Hofes von Bologna ist Herr Galvagno, gegenwärtig Senator, ehemaliger Minister des Innern und der Justiz, ernannt worden. — Aus Neapel wird gemeldet, daß mehrere vornehme Frauen daselbst der Tochter Garibaldi's ein Geschenk zu machen beschlossen haben. Es ist eine Arbeit in Korallen in einem reich geschmückten Etui, welches die Inschrift trägt: „Der kleinen Therese! Die Fürstin von Morra Lydie Wheste, geborne O'Reilly, Eleonore Maitland, Henriette Ferosia, welche für das, was ihr berühmter Vater Giuseppe Garibaldi für Italien gethan hat, dankbar sind.“ — Bei der letzten Rekrutirung in Venetien hat sich beiläufig der zwanzigste Theil der Militärpflichtigen dem Dienste entzogen. Da es nun nach östreichischer Vorschrift den Gemeinden obliegt, die Ersatzmänner zu bezahlen, so fielen den Gemeinden in Venetien im Folge der Rekrutirung

zung Zahlungslasten zu. In der Provinz Padua, an deren Spitze der Gouverneur Geschi, ein Italiener, steht, der sich der Regierung „eifrig“ zeigen wollte, wurden die Schulden der Gemeinde mit großer Strenge eingetrieben. (K. 3.)

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Vom Abmarsch der Franzosen, schreibt man der "A. B." aus Rom vom 27. November, ist eben so wenig mehr die Rede, als vom Einmarsch der Piemontesen. Nach Allem, was man sieht und hört, richten sich die kaiserlichen Besatzungskorps aufs Neue, und zwar nach einem ausgedehnteren Maßstab, zum Bleiben ein. Es ist sogar von einer Truppenvermehrung die Rede.

Über die geheimnißvollen Unterhandlungen, die in Rom mit Sardinien geführt werden, schreibt die "Unita Italiana": Der Quirinal für Victor Emanuel, der Vatikan für Pius IX. Der Papst würde Victor Emanuel als König von Italien anerkennen. Dieser würde sich verpflichten, niemals seine Hauptstadt nach Rom zu verlegen und die Bürger daselbst, die unter dem Schutze der italienischen Waffen Unterthanen des Papstes blieben, nie zu einem Plebisitz aufzurufen.

Das „Giornale di Roma“ bespricht die Bedrückungen und Spoliationen, denen in den Marken und Umbrien die Bevölkerung überhaupt und der Klerus insbesondere ohne Unterlaß preisgegeben sind. Alle geistlichen Güter sind von den Piemontesen mit einer schweren Steuer belegt worden; außerdem werden alle fremden Abenteurer in den Klöstern einquartiert, die ihnen ohne Anspruch auf irgend welche Entschädigung alles zum Lebensunterhalt Nöthige liefern müssen. Man war sogar so weit gegangen, auch die Fremdenabtheilungen in den Nonnenklöstern zu solchen Einquartierungen benützen zu wollen, ein Vorhaben, das nur nach Besiegung vieler Schwierigkeiten zeitweilig suspendirt worden ist. — Dasselbe Blatt führt noch bittere Klage über die harte Behandlung, der jene päpstlichen Gefangenen ausgesetzt waren, welche dem heiligen Vater die Treue bewährend sich durchaus nicht für die piemontesische Armee anwerben lassen wollten. An 400 derselben sind jetzt im Zustande der äußersten Entblösung in Turin angelommen; 80 haben die Freiheit erhalten und dürfen in ihre Heimath zurückkehren, jedoch mit gebundener Marschroute und ohne Rom berühren zu dürfen.

Dem „Ami de la Religion“ wird aus Rom berichtet, daß eine neue Verminderung des schon so beschränkten Einkommens der päpstlichen Regierung bevorsteht. Die Unterdrückung der Mahlsteuer (macinato) soll in einem Jahr in allen von den Piemontesen besetzten Ländern stattfinden, ausgenommen in dem Theile, welcher an die Comarca grenzt, in welchem noch Freiwilligenbanden hausen. Es ergiebt sich daraus, daß die päpstliche Regierung dieselbe nicht mehr gut in Kraft erhalten kann. Diese Abgabe ist an und für sich schon verwerfenswerth, weil sie hauptsächlich die kleineren Landwirthe trifft und die Verproviantirung und Zufuhr zu den Märkten erschwert. Es ist daher wahrscheinlich, daß die Mahlsteuer, welche Rom und der Comarca mehr als eine Million einträgt, nächstens verschwinden wird.

General Goyon hat Acquapendente und Bagnarea von französischen Truppen aufs Neue besetzen lassen. Die Vertreibung der päpstlichen Gendarmen aus Acquapendente war durch die Massi'sche Freischaar erfolgt, die noch ihr Wesen in der Provinz Viterbo treibt. Die Turiner Regierung hat erklärt, daß Massi auf eigne Faust handle, und gegen dessen Treiben sich erklärt. Bagnarea liegt unweit des Lago di Bolseno. Aehnlich wie aus dem Toscanischen Freischaren von Norden her in das Patrimonium Petri eindrangen, sucht jetzt ein großer Theil der ins Patrimonium von den Franzosen aufgenommenen und daselbst nach erfolgter Entwaffnung vertheilten bourbonischen Truppen die Abruzzen zu gewinnen, um daselbst Guerilla-Banden zu bilden. General Gialdini hat sich deshalb genöthigt gesehen, an der römischen Grenze ein Observationskorps stäffelförmig von San Germano bis Casali aufzustellen, um die Straßen, welche ins Gebirge führen, zu schließen.

Aus Rom vom 4. Dezember wird telegraphirt, daß der Papst am 1. Dezember 65,000 Pfund Sterling aus Amerika als Ertrag der Sammlungen für den Peterspfennig erhalten hat.

In Umbrien beschäftigt man sich viel mit der Hebung des Verkehrs. Die Städte jener Gegenden fangen an aufzuhören, geschlossene Packhäuser zu sein, was sie zeither waren, und ein Schlagbaum fällt nach dem andern. Von Orvieto soll eine Eisenbahn nach Siena, von Livorno eine andere herunter nach Corneto und Civita Vecchia durch die Maremmen gebaut werden. Eine englisch-französische Gesellschaft ist bereit, die Ausführung des Werkes zu übernehmen.

Die ministerielle „Opinione“ vom 2. Dezember sagt: „Die Oppositionsblätter klagen die Regierung Piemonts einer mit der Ehre eines unabhängigen Staates unverträglichen Haltung gegenüber den von Frankreich erlittenen Demüthigungen an. Die „Opinione“ entgegnet, daß man in der Politik nicht immer den geraden Weg gehen könne, daß man auf Seitenwegen auch zum Ziele gelange; daß Persano gegen die französische Flotte das Feuer nicht eröffnen konnte, und daß Italien für die durch den Admiral Barbier de Tinan erlittenen Beleidigungen eine Genugthuung von Napoleon erwartet.“

Man schreibt der „N. 3.“ aus Turin, 30. Novbr.: Für die Belagerung Gasta's scheint man nur sehr schwache Truppenabtheilungen verwenden zu wollen, da die Brigade Reggio (5. und 6. Regiment), die sich im Neapolitanischen befindet, in den nächsten Tagen in Turin erwartet wird, wo sie den Winter zubringen soll. Auch soll nach jeder neapolitanischen Provinz von den disponiblen Truppen ein Bataillon verlegt werden. Cialdini war jüngst in Neapel, um einer Sitzung der Militärkommision betreffs Reorganisation der Südarmee beizuwöhnen; dies gab zu dem Gerüchte Anlaß, daß ihm das Kommando in Neapel angetragen wurde, er hätte indessen dies abgelehnt, um bei der aktiven Armeeabtheilung zur Leitung der Operationen gegen Gaeta zu bleiben. Man erzählt, daß die Belagerten durch einen Parlamentär von Cialdini verlangt hätten, er solle eine gewisse Anzahl von Gebäuden, welche durch schwarze Fahnen bezeichnet werden sollten, als Spitäler, Kirchen und andere zu neutralen Zwecken bestimmte Häuser vom Bombardement ausnehmen. Cialdini antwortete, er könne bei der geringen Ausdehnung der Festungsfronte dies nicht zugestehen; doch wolle er ein Spital ausnehmen und erbiete sich, alle Verwundeten, die in demselben nicht Platz fänden, selbst zu übernehmen und pflegen zu lassen, nach ihrer Genesung aber wieder in die Festung zurückzuführen.

den. Ferner wolle er die Wohnung der Königin ausnehmen, und würde ein Gleiches für den König vorschlagen, wenn er nicht wüchte, daß dieser sich vor Bomben nicht fürchte. Die Königin hätte darauf antworten lassen, sie wohne seit längerer Zeit in einem Kasematten-Gebäude, und habe daher nicht nötig, von jenem Anerbieten Gebrauch zu machen, sie würde aber gern die Kunst auf eine Kathedrale, die sie bezeichnete, ausgedehnt sehen, was denn Cialdini auch zugestand. Nach diesem Austausche von kriegerischen Höflichkeiten schien also Seitens des Königs Franz der Entschluß, sich so lange als möglich in Gaeta zu behaupten, festzustehen.

Die Stärke der Besetzung von Gaeta wird in der neuesten Marschall-Dépêche wieder auf 21,000 Mann angegeben, wovon jedoch ein Theil als in der Umgebung des Platzes stehend bezeichnet und hinzugefügt wird, diese Truppen sollten zum Theil heimgeschickt werden; sie werden alsdann voraussichtlich die Banden in den Abruzzen verstärken sollen. Der Mittelpunkt dieser bourbonischen Streitkräfte ist Monte Bellans, wo nach den „Pays“ und der „Patrie“ bereits 7000 Mann unter Oberst de la Grange beisammen sind, welche die große Straße von Aquila nach Neapel beherrschen. Die „Correspondance Havas“ dagegen hat Nachrichten, wonach dies alles nur Schein ist und die bourbonischen Streitkräfte in den Abruzzen sich auf „Banden von Räubern“ beschränken, welche zu Raub und Mord den Bürgerkrieg benutzen. Gelingt es den Bourbonen, die Abruzzen zu einer „Bende“ zu machen, so wird dies auf den Gang der großen Ereignisse zwar keinen erheblichen Einfluß haben, es wird aber keine Erhöhung der Leidenschaften herbeiführen, ähnlich, wie sie Spanien bei dem Kampfe gegen die Carlisten gezeigt hat.

In Marseille sind Nachrichten aus Neapel vom 1. Nov. eingetroffen: Man glaubt, daß ein Theil der englischen Flotte, welche den König von Sardinien bei seiner Uebersahrt salutirte, denselben bis nach Palermo geleitet habe. — Die Nationalgarde von Neapel hat die letzten Zusammenrottungen zerstreut. Die Stadt ist ruhig, die Truppen sind jedoch in ihre Kasernen konfiguriert. — Der Betrieb der Eisenbahn hat wegen der in Caserta von den Freiwilligen verübten Erzesse vorläufig suspendirt werden müssen. — Der von der „Times“ erwähnte Unfall, welcher dem König Franz zugesetzt sein soll, wird dementirt.

Der Marchese Villamarina, welcher früher sardinischer Gesandter in Neapel war, ist zum Leiter der auswärtigen Angelegenheiten im Statthalterstab zu Neapel ernannt. Diese Stellung ist selbstverständlich nur eine vorübergehende, da mit der vollen administrativen Einverleibung der neuen Provinzen die auswärtigen Verhältnisse, wie Heer und Flotte, der Zentralregierung in Turin zufallen. Die „Nationalités“ bemerken, daß die alte konservative Partei, die gerade jetzt in einer Umbildung begriffen ist, um sich gegen die Partei der That zu stemmen, auf lebhaften Widerspruch stoße. Diese Partei will von den Eintheilungen in Regionen nichts wissen; sie findet es auch nicht gerathen, daß es den Provinzen gestattet sein soll, indirekte Steuer auszuschreiben, und sie will nicht, daß die Gonfalonieri unmittelbar aus den Wahlen der Gemeinden hervorgehen und keiner Bestätigung durch die Zentralregierung bedürfen. Die Opposition gegen einen Plan, der für die eigenthümlichen Verhältnisse der großen Städte in Italien sehr geeignet erscheint, ist um so mehr zu beklagen, weil die Partei der That daraus ohne Zweifel Vorteil ziehen, in Neapel, Florenz, Bologna, Mailand und Genau, wo sie schon starken Anhang hat, an Einfluß gewinnen und dadurch leichteres Spiel in der venetianischen Frage bekommen wird. Bekanntlich besteht die alte konservative Partei hauptsächlich aus Piemontesen, die den französischen straffen und nivellirenden Zentralisationsideen näher stehen als die Lombarden, Romagnolen und Toscaner.

Die „Nationalités“ bringen jetzt den wesentlichen Inhalt des Gesetzentwurfs über die Verwaltungsorganisation des Königreichs Neapel. Als Grundprinzip der neuen Verwaltung steht (wie wir bereits neulich erwähnten) an der Spitze: politische, militärische und finanzielle Zentralisation, aber administrative Dezentralisation. Zu diesem Zwecke geben die verschiedenen Ministerien einen Theil ihrer dermaligen Machtvollkommenheit an die Provinzialbehörden ab; der Minister des Innern verliert die Sachen, welche die öffentliche Armenpflege, die Gesundheitspflege, die Theater, die Jagd- und Fischereipolizei und die öffentlichen Monuments betreffen; der Unterrichtsminister den technischen und den Sekundairunterricht, die Akademien der schönen Künste, die öffentlichen Arbeiten, Straßenbauten und die Handelshäuser zweiten Ranges, so wie Ackerbau, Waldangelegenheiten und die Statistik. Vorläufig behält die Zentralregierung noch die öffentliche Sicherheit und die Gefängnisse, doch soll Alles aufgeboten werden, um den Provinzen ihre Autonomie so viel wie irgend möglich zu bewahren. Das jetzige Nazzizische liberale Gemeindegebot soll in allen wesentlichen Bestimmungen beibehalten, doch im liberalen Sinne erweitert werden, so daß z. B. die Gemeinderäthe ihren Bürgermeister frei wählen und diese Wahl keiner Bestätigung von Seiten der Regierung bedarf. Der Bürgermeister führt in den Städten den Titel Gonfaloniere, in den Landgemeinden bleibt der jetzt gebräuchliche Titel Sindico. Die Stadtgemeinden sind vollkommen selbständige, die Landgemeinden dagegen unterliegen der Provinzialaufsicht. Fragen wegen Deszerts u. s. w. werden von der Provincial-Deputation entschieden. Die Gemeinden haben das Recht, Oktroi, Platz- und Marktgelder und ähnliche Abgaben zu erheben, können auch anderweitige Abgaben, jedoch in den Schranken des Gesetzes, auferlegen. Die jetzigen Kreisbehörden hören als Verwaltungsbehörden auf und behalten nur noch Polizei und öffentliche Sicherheit in Händen. Die Provinz wird von einem Präfekten, wie es jetzt in Toscana bereits der Fall ist, verwaltet; ihm zur Seite steht eine gewählte Körperschaft; die Provinzialdeputation; er hat unter sich einen Präfetturrath, der die Verwaltungsfachen vorzubereiten und zu besorgen hat. Über der Provinz steht die „Region“, welche eine Anzahl Provinzen umfaßt und die denselben gemeinsamen Angelegenheiten ins Auge faßt: Flußregulierungen, Regionalstrafen, öffentlichen Unterricht, Universitäten u. c.; der Vorstand der Region führt den Titel: Gouverneur.

Nach dem Urteil des ministeriellen „Nationale“ herrscht allenthalben in den Provinzen Ungewißheit, Angst und Aufregung, welche aus Mangel an Kraft und Ansehen jeden Augenblick zu Konflikten führen können. „In der Provinz Trani ist noch alles ruhig“, sagt dieses Blatt, „man könne und dürfe sich aber auf keine Ruhe verlassen, die so leicht durch die geringste Veranlassung gestört

werden könne. Der öffentliche Geist und die Anstrengungen der Nationalgarde waren bewunderungswürdig. Der Staatsmann muß aber wissen, daß es Grenzen gibt, die man nicht überschreiten darf, und wir stehen an dieser Grenzlinie. Der Schleichhandel, der Missbrauch der vorhandenen Waffen, die außerordentlichen Anstrengungen der geheimen Komites, der Mangel an Arbeit, die Theuerung der Lebensmittel, die Nachlässigkeit der Behörden, die Ungelehrigkeit der alten Anhänger der Bourbonen und so viele andere Dinge können die Veranlassung zu folgenreichen Ereignissen werden.“

König Victor Emanuel hatte, wie s. B. gemeldet, den Kardinal Mario Sforza ersuchen lassen, wieder in seine Erzdiözese Neapel zurückzukehren. Derselbe erklärte sich, wie das „Pays“ zu wissen glaubt, bereit dazu, wenn er erstens nicht mit dem König und mit der Politik in Berührung zu kommen brauche, wenn zweitens der Name Piemonts in keinem Tedeum vorkomme oder daß wenigstens etwaige Tedeum nur von der sardinischen Geistlichkeit gefangen würden. Endlich stellte der Erzbischof die förmliche Bedingung, daß alle gesangenen gehaltenen Bischöfe und Priester freigegeben würden. — Der Erzbischof von Rossano hatte unterm 14. Nov. an den Klerus seiner Diözese über die Abstimmung des Volkes ein Rundschreiben erlassen, und ihn darin besonders auf die Folgen derselben aufmerksam gemacht. Wenn seine untergebenen Priester glaubten und überzeugt seien, daß das Plebisitz für die Religion und die öffentliche Moral ohne Nachtheil sei, dürften sie auch eine bejahende Stimme abgeben; wäre aber das Gegenteil zu befürchten, müßten sie mutig einstehen für ihr heiligstes Amt, das ihnen die Erhaltung der Religion und öffentlichen Sitze zur Pflicht mache, und ohne Furcht mit „Nein“ stimmen. Die Zaghaften sollen lieber ganz wegbleiben u. s. w. Dieses Altenstück gab Veranlassung, den Oberhirschen in das Gefängniß abzuführen.

Bertani hat ein Schreiben an Bianchi Giovini veröffentlicht, worin er über den finanziellen Theil der Garibaldischen Expedition Aufschluß giebt. Zuerst erklärt er, daß er niemals auf eigne Faust sondern stets unter Beziehung ehrenwerther und kompetenter Männer gehandelt habe. Durch Bertani's Hand gingen über 6 Millionen Eire, wodurch Sicilien nach und nach 5 Millionen, die National-Subskription etwa 1 Million und der Staatshaushalt von Neapel 200,000 Eire hergab. Mit diesem Gelde hat Bertani 20,000 Freiwillige expediert, dieselben während ihres Aufenthaltes in Genua beküßt u. s. w.; er hat 60,000 Stück Gewehre, 2 Mill. Patronen, 5 Dampfschiffe und eine Anzahl Kanonen bezahlt; doch hat er noch anscheinlichen Verpflichtungen zu begegnen. Eine eingehende Rechnungsablage soll demnächst erfolgen.

Das Reuter'sche Bureau bringt Nachrichten aus Neapel vom 4. Novbr., welchen zufolge die Inauguration der Konulta stattgefunden hatte. Die bei dieser Gelegenheit von der Regierung abgegebenen Erklärungen hatten eine günstige Wirkung hervorgebracht. Poorio war zum Vizepräsidenten ernannt worden. Der neapolitanische Adel hatte zu Ehren der Deputation des sardinischen Parlaments einen Ball veranstaltet. In Neapel herrschte Ruhe. Von vier sardinischen Vatterien war das Feuer auf Gaeta eröffnet worden.

Nach telegraphischen Berichten aus Neapel, 5. Dez., hat der König Palermo verlassen und ist nach Neapel zurückgekehrt. Die General-Statthalterschaft hat die Dispositionen des Generals Pinelli bei der Proklamation des Belagerungszustandes widerrufen.

Die offizielle Turiner Zeitung vom 3. Dez. veröffentlicht eine aus Palermo vom 1. Dezember datirte, an die Bevölkerung Siciliens gerichtete Proklamation Victor Emanuels. In derselben erinnert der König daran, daß einer seiner Ahnen in Sicilien geherrscht habe. Er erinnert ferner an die im Jahre 1848 erfolgte Wahl des Herzogs von Genua zum Könige und an die Wahlen dieser letzten Tage. Er verspricht moralische Institutionen und Achtung vor den Prerogativen der sizilianischen Kirche. Er ermahnt das Volk zum Frieden und zur Eintracht.

Das Journ. „Diritto“ bespricht die Angelegenheit des Obersten Zambianchi, der vor ungefähr 6 Monaten festgenommen wurde, weil er auf eigene Hand einen Einfall in den Kirchenstaat unternommen hatte, und der heute noch im Gefängnisse sitzt. Der „Diritto“ verlangt, man möge ihn vor Gericht stellen oder freilassen. Einstweilen eröffnet er eine Sammlung für die Frau des Gefangenen. Wie es heißt, soll dieser Zambianchi im Jahre 1848 Herrn Farini, damals konstitutioneller Kommissar der päpstlichen Regierung in Ancona, nach dem Leben getrachtet haben. Es war zur Zeit des Herrn Rossi.

Spanien.

Madrid, 1. Dez. [Aus den Cortes; die Progressisten; Gräfin Montijo.] Der Kongress hat das Amendingen verworfen, welches sich gegen die Errichtung eines Hauptzollamtes in Madrid aussprach. — In der Sitzung der Abgeordneten am 29. Nov. fragte Herr Olozaga das Ministerium, ob irgend etwas die Vorlage der auf die römischen Angelegenheiten bezüglichen Papiere verhindere. Der Minister des Innern will, nach genommener Rückfrage, alle zur Mittheilung sich eignenden Papiere vorlegen. — Nach der „Espana“ schreibt man aus mehreren Provinzen, daß die reinen Progressisten, durch die Ereignisse in Italien, die Siege bei den Municipalwahlen und die neuerdings im Kongress gehaltenen Reden aufgemuntert, fortwährend Versammlungen abhalten, denen einige Beamte beiwohnen. Sie glauben nun den Augenblick gekommen, um zur Macht gelangen zu können. — Gräfin Montijo, welche seit ihrer Rückkehr aus Frankreich ihre Domäne Garabancio bewohnt, befindet sich gegenwärtig in Madrid.

Madrid, 3. Dez. [Aus den Cortes.] Im Kongresse hat Herr Rivero den Antrag gestellt, die Handlungen der Behörden, durch welche die gesetzliche Aktion der Parteien gehemmt würde, für Verlegungen des Repräsentativsystems zu erklären. Die Versammlung verwarf diesen Antrag in Folge einer Erklärung des Ministers des Innern, daß die Demokratie ohne gesetzliche Existenz in Spanien sei.

Rußland und Polen.

Petersburg, 28. Nov. [Prinz Albrecht von Preußen] ist, wie die „Moskauer Zeitung“ berichtet, am 24. d. M. in Moskau angekommen.

Petersburg, 29. Nov. [Theater; Eisenbahnverbindungen; öffentliches Fuhrwesen; Bestrafung polizeilicher Übergriffe.] Am 1. (13.) Dezember werden die

Theater ihre Pforten wieder eröffnen, und zwar wird auf dem Maientheatre die Historie ein ohne Zweifel sehr glänzendes Gastspiel mit der „Medea“ beginnen. — Bis jetzt hat die erweiterte Eisenbahnverbindung mit Preußen für den Postverkehr hierher noch gar keine Verbesserung gebracht. In den ersten Tagen stand sogar eine Verzögerung gegen früher statt, aber energische Beschwerden gegen die große Eisenbahngesellschaft haben wenigstens das frühere Verhältniß wieder hergestellt. Dagegen erwartet man von der Gründung der Strecke Dünaburg-Kowno, die in nicht zu langer Zeit dem öffentlichen Verkehr übergeben werden soll, eine Erleichterung des selben. — Die hiesige Municipalität hat den sehr guten Gedanken gefaßt, die Leitung des öffentlichen Fuhrwerks, welche bisher noch sehr im Argen lag, in ihre Hand zu nehmen, oder wenigstens sich einen bestimmenden Einfluß darauf zu sichern. — Es scheint, daß eine Haebas-Korps-Akte auch für Russland nicht mehr zu den absoluten Unmöglichkeiten gehört; wenigstens wird aus Moskau ein Fall berichtet, wo ein Übergriff der Polizei eine sehr strenge Ahndung erfahren hat. Der Fall ist folgender: In der Nacht zum 27. Oktober hatten die Haudeleute der Fürstin Kewknatoff einen Streit mit dem Portier eines Nachbarhauses, wobei dieser einige leichte Verlegerungen erhielt. Die Sache wurde zur Kenntnis des Bierlein-pektors, Kapitän Apostoloff, gebracht, der sich auf den Kampfplatz begab. Die Leute der Fürstin Kewknatoff hatten sich aber schon in das Haus dieser zurückgezogen. Apostoloff ließ sich nun die Thüren öffnen, begann dann eine Untersuchung der Ställe und Hofgebäude, um die Schuldigen zu ermitteln, und drang zuletzt in die Gemächer der Fürstin ein. Er berichtete darauf an seinen nächsten Oberen, Pustanoff, und dieser verbastete alle Dienstleute der Fürstin, so daß das Haus ohne Dienerschaft blieb. Der Oberpolizeimeister, zu dessen Kenntnis die Sache gebracht wurde, entschied, daß der Inspector gar keine Veranlassung gehabt habe, in das Haus einzudringen, da die Schuldigen sich doch der Polizei nicht hätten entziehen können; da nun die dem Portier zugefügten Verlegerungen nicht schwer gewesen seien, verurteilte er ihn deshalb, weil er, statt für die Ruhe der Einwohner Sorge zu tragen, sie selbst zur Nachtzeit verlegt, zu dreitägigem Arrest, während dem Pustanoff ein strenger Verweis erteilt wurde. Der Oberpolizeimeister hat einen Tagesbefehl über diesen Vorfall erlassen, in welchem er bei künftigen ähnlichen Verlegerungen mit Entlassung droht. Das Journal, welches diesen Erlaß mittheilt, ist zwar sehr mäßig in dem Tadel des überreiften Polizeibeamten, lobt aber den Erlaß ungemein, weil er dazu bestimmt ist, die Begriffe der Beamten aufzuklären. (Schl. 3.)

[Die konfiszirten Güter in Polen; die Enthaltsamkeitsvereine; Bestrafungen; Landwirtschaftliches; Chausseebau.] Man schreibt dem „B. W.“ von der polnischen Grenze: Vor einigen Wochen ging die Mittheilung durch die Zeitungen, daß der Wert der vom Kaiser Nikolaus seit 1830 in den westlichen Gouvernements konfiszirten polnischen Güter sich auf die ungeheure Summe von 311,182,000 poln. fl. belaufen solle. Diese Summe, so groß sie ist, ist dennoch viel zu niedrig angegeben. Einem von dem polnischen Emigranten Ludwig Budliner in Brüssel zusammengestellten Nachweise zufolge wurden nämlich in den acht Gouvernements, Wilna, Grodno, Minsk, Biebrz, Mohilew, Kiew, Podolien und Polynien im Ganzen 2530 Güter konfisziert, von denen nur 307 der amtlichen Schätzung unterlagen. Der Wert der letzteren wurde auf 155,601 Seelen abgeschätzt, gleichzeitig man den Preis einer Seele durchschnittlich zu 100 Dukaten, wie es in Russland üblich ist, so beträgt der Wert der 307 abgeschätzten Güter allein 15,560,100 Dukaten oder 295,641,900 poln. fl. Nach dieser Schätzung würde daher der Wert sämtlicher konfiszirten Güter mindestens um das 8½fache größer sein, als er von den Zeitungen angegeben ist. Für die Richtigkeit dieser Berechnung spricht unter Anderem auch der Umstand, daß in dem Budliner'schen Nachweis die von der Konfiskation betroffenen Gütekörper alle namentlich aufgeführt sind. Viele von denselben sind später auf Grund der vom Kaiser Alexander bei seiner Krönung erlassenen Amnestie in ihre Heimat zurückgekehrt, aber kein einziger hat auch nur eine Handbreit Erde von den ihm konfiszirten Gütern zurückgehalten. Der vor zwei Jahren erlaßene Kaiserliche Was in Bezug auf die Zurückstellung des wegen politischer Vergehen konfiszirten Vermögens, von dem die Zeitungen seiner Zeit so viel Aufhebens machten, bezog sich lediglich auf das geringe Vermögen, das bis zum Jahre 1858 von den russischen Behörden noch nicht ermittelt war und das in der That so gering ist, daß es kaum in Betracht kommt. — Die Enthaltsamkeitsvereine in Litauen sind den vereinigten Angriffen der Gütekörper, Brautweinspächter und der Regierung endlich erlegen. Das von der Regierung erlassene Verbot eines förmlichen Enthaltsamkeitsgelübdes hat zur Folge gehabt, daß die meisten von Denjenigen, die dies Gelübde bereits geleistet hatten, zum Brandweingeschäft wieder zurückgekehrt sind und der Trunkenheit jetzt weit mehr ergeben sind als früher. In der Gegend von Wilna soll sich der Bauern eine förmliche Brautweinswirtschaft bemächtigt haben, so daß sie mit dem größten Geschick ihr Inventarium und ihre ganze Wirthschaft vertrifft. — Die Untersuchung gegen die Antifaber der Demonstrationen während der Anwesenheit des Kaisers in Warschau ist bereits geschlossen. Die jugendlichen Infanteristen sind meist zu einer väterlichen Züchtigung verurtheilt worden. Diese soll aber bei einem Studenten der Chirurgie, der sich an der Verunreinigung des Theaters beteiligt hatte, mit solcher Strenge vollzogen worden sein, daß der Unglückliche unter den Stockschlägen den Geist aufgab. Die älteren Infanteristen sind zu längerer oder kürzerer Gefangenhaftraum verurtheilt worden. — Das Vertrauen zu den sogenannten landwirtschaftlichen Handlungshäusern in Polen fängt bereits an wankend zu werden. Die meisten dieser Institute stehen auf so schwachen Füßen, daß sie der geringsten Geldkrise erliegen müssen. Dazu kommt, daß die nothwendige Rückicht auf die Sicherung ihrer Existenz es ihnen unmöglich macht, allen an sie gesetzten Anforderungen zu entsprechen. Die Gütekörper der sämtlichen Kreise haben daher neuerdings die Gründung eines solchen Handlungshauses einstimmig abgelehnt. — Der rüstig forschende Bau der Löwitz-Bromberger Eisenbahn hat bereits mehrere Chausseebauprojekte im Königreich Polen hervorgerufen, welche den Zweck haben, die umliegenden Kreise mit dieser Hauptkommunikationsarterie in schneller Verbindung zu bringen. So soll eine Chaussee von Sieradz einerseits bis zur preußischen Grenze und bis zur Bockaweler Chaussee, andererseits bis zur Löwitz-Bromberger Eisenbahn, eine andere von Zduńska Wola über Szadek, Unterejow, Lutomirsk bis Pod gebaut werden, welche letztere den Sadower Kreis mit dem Chausseenz der Kreise Zgierz und Bockawel und mit der Löwitz-Bromberger Eisenbahn verbinden wird. Auch die Stadt Rybin soll durch eine Chaussee mit Thorn verbunden werden. Die Länge dieser Chaussee, deren Bau in 8 Jahren vollendet werden soll, beträgt nahe an 10 Meilen.

Dänemark.

Copenhagen, 5. Dez. [Die Wahlen in Holstein und Schleswig.] Es ist nun so ziemlich das Resultat sämtlicher Wahlen zur holsteinischen Ständeversammlung bekannt, und obwohl die Kämpfer der Majorität ohne Ausnahme wiedergewählt sind, so besteht doch bei nahe der dritten Theil, etwa 15 der 47 Abgeordneten aus neugewählten. Unter diesen befinden sich 2 Geistliche, 4 kleinere Grundbesitzer und 9 Advokaten, Beamte, Gewerbetreibende, Fabrikanten und Kaufleute. Auch im Schleswig'schen sind bereits eine große Anzahl von Wahlen vollzogen. Die nord-schleswigsche Geistlichkeit hat, mehrere ihrer fanatischsten Mitglieder wiedergewählt; ebenso sind der Mühlensitzer Krüger von Bestoft (schon aus vormärzlicher Zeit als Propagandist bekannt), der Hesbesitzer Bladt aus Augustenburg (Alsen), der Senator Bahnen aus Apenrade wiedergewählt und auch die Wiederwahl des Amtsverwalters Lauritz Skau, des Führers der dänischen Partei. (Fortsetzung in der Beilage.)

Der humoristisch-satirische Volkskalender

des

Kladderadatsch pro 1861.

7 Bogen. Mit Illustrationen von W. Scholz. In eleg. Umschlag geb. Preis 10 Sgr., traf soeben aus Berlin in der **J. J. Heine'schen Buchhandlung**, Markt 85, ein.
Der in diesem Jahr besonders gelungene Inhalt des Textes, sowie die prächtigen Illustrationen des genialen Scholz werden alle Freunde des Humors in angenehmster Weise überraschen.

Humoristisch-satirischer Volkskalender des Kladderadatsch für 1861, Preis 10 Sgr., vorrätig in der **E. Maischen Buchhandlung (Louis Türk)**, Wilhelmplatz 4.

In unserem Verlage ist so eben erschienen und in der **J. J. Heine'schen Buchhandlung**, Markt 85, vorrätig:
Preußischer Schreibkalender für Damen.

Mit einem Bildnis des königlichen Prinzen Friedrich Wilhelm Victor Albert. (Photographie in Visitenkartenformat von Haage und Cöm.) Derselbe enthält das vollständige Kalendarium nebst Gedächtnisfkalender in der Einrichtung, daß der Sonntag eine ganze Seite und je zwei Wochentage eine Seite einnehmen; einen Taschenkalender und die Genealogie des königl. Preußischen Hauses. — Miniatür-Laschenformat, 14 Bogen mit farbiger Einfaßung auf satiniertem Schreib-Bleinpapier, eleg. karton. mit Goldschnitt in Futteral, Preis 20 Sgr.; in elegantem Einband (vom Hofbuchbinderey Vogt) mit seinem Bleistift, Preis 25 Sgr.

Die Photographie allein, ohne Kalender, wird nicht verkauft.

Berlin 11. Dezember 1860.

Königliche Geheime Ober-Hofbuchdruckerei (R. Decker).

Vorzügliche Festgeschenke! aus Hamburgs billigster Buchhandlung!!! zu nie dagewesenen Spott-preisen!!!

Für neu, complet und fehlerfrei wird garantiert.

Göthe's Reinecke Fuchs mit Illustr. v. Wilhelm v. Kaulbach, Prachtbd. m. Goldschnitt, nur 3 Thlr.!!! Illustr. Naturgeschichte aller Reiche, c. 800 Seiten Text und 400 trefflich col. Abbild., nur 45 Sgr.!!! Körner's sämtliche Werke, neueste Prachtausgabe mit Portrait, 3 Bde., elegant gebund., nur 35 Sgr.!!! Shakspeare's sämtl. Werke, neueste deutsche Illustr. Ausgabe, 12 Bde., sehr elegant geb., nur 70 Sgr.!!! Blumenlese aus Schiller's sämtlichen poetischen u. prosaischen Werken m. Stahlst., eleg. geb., nur 15 Sgr.!!! Cooper's ausgewählte Werke, 10 Bde., nur 50 Sgr.!!! Bulwer's ausgewählte Werke, 36 Bdch., nur 50 Sgr.!!! Walter Scott's sämtl. Werke, beste deutsche Ausgabe, 175 Bde., nur 6 Thlr. (nicht so gut 4 1/4 Thlr.). Friederike Brehmer's Werke, n. 2 Thlr. 28 Sgr.!!! Illustr. Hausblätter (Prachtupferwerk) mit 110 Erzählungen der beliebtesten Schriftsteller der Neuzeit und 58 Originalbildern und Farbendrucke von Künstlerhand, geb. nur 1 Thlr.!!! Hoffmann v. Fallersleben Buch der Lieder (Liebeslieder) eleg. Miniaturausg. mit Goldschn., nur 12 Sgr.!!! Gistel's gr. il-

lustr. Naturgeschichte des Thierreichs mit 617 meisterhaften col. gr. Abbildungen, statt 8 Thlr. nur 2 Thlr. 15 Sgr.!!! Der Feierabend mit Beiträgen von Gerstäcker — Holtei — Rossmässler etc., 4 neueste Jahrgänge mit feinen Kunstablätern (Stahlstiche) zusammen nur 20 Sgr.!!! Die Heldenagen griechischer Vorzeit, 2 starke Bde. mit Karren u. Tafeln v. Dr. Werther, nur 25 Sgr.!!! Langbein's Gedichte, neueste Ausgabe mit Titelbild eleg. geb. nur 24 Sgr.!!! Dichter-Album deutscher Lyrik, Prachtbd. mit Goldschnitt nur 35 Sgr.!!! Ramshorn, Geschichte des deutschen Volkes, eleg. geb. mit vielen Stahlstich., nur 18 Sgr.!!! Hogarth's sämtliche Zeichnungen mit der vollst. Erklärung von Lichtenberg, 800 Seiten Text und 100 engl. Stahlstiche, nur 4 1/2 Thlr.!!! Lenau's Gedichte, eleg. Miniaturausgabe mit vergold. Einbande, nur 24 Sgr.!!! Löbe's Landwirtschaft, Pr.-Ausgabe, 3 Bde. mit 300 Abbild., Vellinpapier, nur 58 Sgr.!!! Dr. Schmidt gr. deutsch. Wörterb., 1853 (ca. 800 Seit. stark) nur 22 1/2 Sgr.!!! Boz (Dickens) D. Copperfield, best. gr. Ausgabe, 10 Bde., nur 1 Thlr.!!! Bürger's sämtliche Werke, beste Ausgabe, 9 Bände, nur 56 Sgr.!!! Das Düsseldorfer Künstler-Album, 2 Jährg. mit den kostbaren Kunstablätern der namhaftesten Künstler, elegant, statt 7 Thaler 15 Sgr., zusammen nur 3 Thlr. 28 Sgr.!!! Das singende Deutschland, 300 der beliebtesten Lieder m. d. vollst. Clavierbegleitung, nur 35 Sgr.!!! Zschokke's Werke 17 Bde., 4 Thlr. 28 Sgr.!!! Weissbach's der Ingenieur, neueste Aufl. mit 300 Illustr. nur 24 Sgr.!!! Büffon, illustrierte Naturgeschichte der Vögel mit über 100 naturgetreuen Abbildungen (1857) nur 20 Sgr.!!! Göthe's sämtliche Werke, gr. vollst. Prachtausgabe (Stuttgart bei Cotta) in sehr eleg. reicher mit Gold verzierten Einbänden nur 14 Thlr.!!! Schiller's sämtl. Werke, 12 Bde., mit Portrait, sehr eleg. geb. nur 5 Thlr.!!! Klöbischi, die deutschen Waldbäume, naturhistorisches Kupferwerk, mit 100 prachtvollen Originalzeichnungen, mit Text geb., nur 37 1/2 Sgr.!!! Memoiren — der — Ninon de l'Enclos 4 Bde. nur 1 Thlr.!!! Dr. Carl Müller, die Wunder der Polarwelt, elegant nur 15 Sgr.!!!

Emballage frei. — Aufträge mit Postnachnahme werden prompt und reell erfüllt und sieht daher recht zahlreichen Offerten entgegen.

Moritz Glogau in Hamburg, neustadt. Fuhrentwiete 122.

Avis. Jeder Besteller über 5 Thlr. hat das Recht sich noch gratis zu wählen: Alex. v. Humboldt's Leben und Wirken oder Spindler's Erzählungen mit Stahlstichen oder Roman von Gerstäcker u. Sue gratis!!!

An meine lieben bekannten und unbekannten Freunde.

Abermals naht das Weihnachtsfest und wünscht aus der Ferne mit seiner heiligen Freude in Gott. Fröhlich in Hoffnung warten Tauzehn von frommen Kinderherzen demselben entgegen. Nebenall denkt und findet die eterliche Liebe, um den Christen einen Lisch zu bereiten und denselben mit allerlei Gaben zu schmücken. Auch ich möchte für meine 40 armen meist vater- und mutterlosen Kinder, welche von allen Ecken und Enden der

Rheinische do. Stamm-Pr. 4 85 b3

Rhein-Nahebahn 4 22 b3

Ruhrtal-Crefeld 3 1/2 —

Stargard-Posen 3 1/2 82 b3

Thüringer 4 104 b3

Waren-Kred. Anth. 5 —

Weimar. Bank-Akt. 4 74 1/2 G

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas. A 5 98 1/2 B

Berl. Eisenb. Fabr. A 5 64 G

Hörder Hüttenw. A 5 65 G

Minerva, Bergw. A 5 15 b3 u. G

Neustadt. Hüttenw. A 5 2 1/2 b3 u. G

Concordia 4 102 G (fro. Zins)

Magdeb. Feuerver. A 4 375 G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 82 1/2 G

Braunschw. A 4 66 G

Bremer do. 4 97 1/2 G

Coburg, Kredit-do. 4 34 B

Berl. Potsd. Magd. 4 135 B

Danzig. Priv. Bf. 4 86 B

Berlin-Settin 4 104 1/2 b3

Darmstädter abgft. 4 75 b3 u. G

do. Ber. Schiene 4 —

do. Bettel. B. A. 4 93 1/2 G

Dessauer Kredit-do. 4 8 1/2 b3

Dessauer Landesb. 4 13 1/2 b3

Dist. Comm. Anth. 4 83 1/2 G

Genfer Kred. Bf. A. 4 21 1/2 G

Geraer do. 4 70 G

Gothaer Priv. do. 4 70 B

Hannoverische do. 4 91 1/2 G

Königsb. Priv. do. 4 83 1/2 G

Magdeb. Wittenb. 4 29 1/2 b3

Leipzg. Kredit-do. 4 62 1/2 b3

Luemburger do. 4 79 G

Mecklenburger 4 45 45 1/2 b3 u. B

Münster-Hammer 4 92 b3

Neustadt-Wiesbadn. 4 1/2 —

Niederschl. Märk. 4 93 1/2 b3

Niederschl. Zweigb. 4 28 1/2 B

do. Stamm-Pr. 4 —

Rhein.-Düsseldorf 4 44 1/2 b3

Rhein-Nahebahn 4 127 1/2 G

do. Litt. B. 3 1/2 116 1/2 G

Doft. Franz. Staat. 5 131 1/2 1/2 b3

Oppeln-Tarnowitz 4 26 1/2 G

Thüring. Bank-Akt. 4 51 1/2 b3

Vereinsbank, Hamb. 4 97 1/2 G

Waren-Kred. Anth. 5 103 B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas. A 5 98 1/2 B

Berl. Eisenb. Fabr. A 5 64 G

Hörder Hüttenw. A 5 65 G

Minerva, Bergw. A 5 15 b3 u. G

Neustadt. Hüttenw. A 5 2 1/2 b3 u. G

Concordia 4 102 G (fro. Zins)

Magdeb. Feuerver. A 4 375 G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 82 1/2 G

Braunschw. A 4 66 G

Bremer do. 4 97 1/2 G

Coburg, Kredit-do. 4 34 B

Berl. Potsd. Magd. 4 135 B

Danzig. Priv. Bf. 4 86 B

Berlin-Settin 4 104 1/2 b3

Darmstädter abgft. 4 75 b3 u. G

do. Ber. Schiene 4 —

do. Bettel. B. A. 4 93 1/2 G

Dessauer Kredit-do. 4 8 1/2 b3

Dessauer Landesb. 4 13 1/2 b3

Dist. Comm. Anth. 4 83 1/2 G

Genfer Kred. Bf. A. 4 21 1/2 G

Geraer do. 4 70 G

Gothaer Priv. do. 4 70 B

Hannoverische do. 4 91 1/2 G

Königsb. Priv. do. 4 83 1/2 G

Magdeb. Wittenb. 4 29 1/2 b3

Leipzg. Kredit-do. 4 62 1/2 b3

Luemburger do. 4 79 G

Mecklenburger 4 45 45 1/2 b3 u. B

Münster-Hammer 4 92 b3

Neustadt-Wiesbadn. 4 1/2 —

Niederschl. Märk. 4 93 1/2 b3

Niederschl. Zweigb. 4 28 1/2 B

do. Stamm-Pr. 4 —

Rhein.-Düsseldorf 4 44 1/2 b3

Rhein-Nahebahn 4 127 1/2 G

do. Litt. B. 3 1/2 116 1/2 G

Doft. Franz. Staat. 5 131 1/2 1/2 b3

Oppeln-Tarnowitz 4 26 1/2 G

Thüring. Bank-Akt. 4 51 1/2 b3

Tönn-Minden 4 101 b3

do. II. Em. 5 103 B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas. A 5 98 1/2 B

Berl. Eisenb. Fabr. A 5 64 G

Hörder Hüttenw. A 5 65 G